

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVII/109

12. Juni 1972

Warum die Post teurer wird

Folge von wachsenden Bedürfnissen der
Bevölkerung

Von Kurt Gscheidle
Staatssekretär im Bundesministerium für
das Post- und Fernmeldewesen

Seite 1 bis 3 / 128 Zeilen

Nordsee - eine kostenlöse Müllgrube?

Die Schutgemeinschaft Nordseeküste soll
Abhilfe schaffen

Von Georg Peters MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Städtebau und Wohnungswesen

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Der Run zum Devisentopf Ferntourismus

Für viele Entwicklungsländer größte Einnahme-
quelle

Seite 6 und 7 / 69 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressnhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 97 - 38
Telex: 886 846 / 886 847
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Warum die Post teurer wird

Folge von wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung

Von Kurt Gscheidle

Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen

Nach den Beschlüssen des Verwaltungsrates der Deutschen Bundespost werden am 1. Juli 1972 in vielen Bereichen des Post- und Fernmeldewesens neue Gebührensätze in Kraft treten. Die Dienstleistungen der Post werden teurer werden.

Diese Gebührenerhöhung (die zweite innerhalb eines Jahres) ist in der Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert worden. Gebührenkorrekturen staatlicher Unternehmen stehen - mit Recht, wie ich sogleich anmerken möchte - stets im Blickpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit und Kritik. Sie werden mit anderen Augen betrachtet und auch anders gewertet als Preiserhöhungen in der privaten Wirtschaft. Es kann deshalb nur gut sein, daß in der letzten Zeit das Verständnis für die Probleme öffentlicher Dienstleistungsunternehmen gewachsen ist. Tatsächlich unterliegen diese Unternehmen den gleichen wirtschaftlichen Kausalgesetzen wie andere. Das soll hier ein wenig verdeutlicht werden.

Der gesetzliche Auftrag der Post ist bekannt: sie muß jeder Nachfrage nach ihren Dienstleistungen angemessen entsprechen, ohne Rücksicht darauf, ob diese lukrativ sind oder ein Verlustgeschäft für sie bedeuten. Das heißt: sie muß versuchen, den sprunghaft wachsenden Bedürfnissen der Bevölkerung nach Kommunikationswegen gerecht zu werden. Ihre einzige Einnahmequelle sind die Gebühren. Die Deutsche Bundespost hat eine eigene Haushalts- und Wirtschaftsführung. Sie lebt nicht von Steuergeldern. Sie ist gesetzlich verpflichtet, ihre Ausgaben aus ihren Einnahmen zu bestreiten.

Leider ist die Eigenwirtschaftlichkeit der Deutschen Bundespost in der Vergangenheit nicht immer genügend gewürdigt worden. So sind in einigen Leistungsbereichen aus unternehmensfremden Gründen jahrelang keine Gebührenanpassungen erfolgt. Spätere Maßnahmen haben die gewaltig angewachsenen Kostenunterdeckungen leider nicht mehr ausgleichen können. Was vor Jahren unterlassen wurde, läßt sich nicht auf einmal nachholen. Es erscheint mir ziemlich sicher, daß die finanzielle Entwicklung der Bundespost anders verlaufen wäre, wenn man in den letzten 15 Jahren eine andere Politik betrieben und sich einer anderen Wirtschaftsführung befleißigt hätte. Natürlich wurde die Deutsche Bundespost von der dynamischen Kostenentwicklung der letzten Zeit besonders hart betroffen. So stiegen die Ausgaben von 1971 gegenüber 1970 um rund 19 vH., die

Erträge dagegen nur um 13,3 vH. Die Aufwandsteigerung bei den Personalkosten betrug rund 1,65 Milliarden DM, das sind 18,7 vH., bei den Ausgaben für Betriebsführung und Unterhaltung 423 Millionen DM oder 14,3 vH., beim Zinsaufwand 430 Millionen DM, das sind 52,2 vH.

Kostensteigerungen dieser Größenordnung können ohne Freiserhöhungen nicht verkraftet werden. Ein Vergleich mit anderen Postverwaltungen macht deutlich, daß diese Entwicklung international ist. Fast überall in Europa sind in letzter Zeit die Post- und Fernmeldegebühren erhöht worden. Diese Kostensteigerungen führten zwangsläufig zu hohen Defiziten. 1970 schloß die Deutsche Bundespost mit einem Minus von 531 Millionen ab, 1971 waren es fast 1,5 Milliarden DM; 1972 würden es ohne Gebührenerhöhung bereits über zwei Milliarden DM sein. Diese Entwicklung mußte unter allen Umständen gestoppt werden.

Es ist viel darüber geschrieben worden, wie die Kosten der Deutschen Bundespost gesenkt und bestimmte Ausgaben anderweitig abgedeckt werden könnten. Man diskutierte die Höhe der Personalausgaben, Rationalisierungsmöglichkeiten, Einschränkung der Investitionen und auch Subventionen aus der Bundeskasse. Nach und nach hat sich allerdings die Erkenntnis durchgesetzt, daß bei diesem Unternehmen, mit seinem personalintensiven Postzweig und dem stark expansiven Fernmeldebereich, nur eine Gebührenerhöhung die Unterdeckungen in Milliardenhöhe ausgleichen kann.

Die Personalaufwendungen betragen bei der Deutschen Bundespost 56,2 vH. der Gesamtaufwendungen. Lohn- und Gehaltssteigerungen wirken sich deshalb bei ihr, wie auch bei anderen Dienstleistungsunternehmen, besonders stark aus. Allein 1972 müssen mehr als 12 Milliarden DM an Löhnen und Gehältern gezahlt werden. Keiner wird der Post ernsthaft zumuten wollen, durch Kürzungen gerade dieser Ausgaben ihre Bediensteten von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung auszuschließen. Sie muß ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter marktgerecht bezahlen, damit ihr die Arbeitskräfte nicht davonlaufen. Eine Senkung der Personalkosten könnte somit nur durch eine verstärkte Rationalisierung erreicht werden.

Wer den Postbetrieb kennt, weiß, daß die Post schon seit Jahren in mühevoller Kleinarbeit fortlaufend rationalisiert. Rund 5.000 Arbeitsplätze werden auf diese Weise alljährlich eingespart. Daß die Post auf diesem Gebiet erfolgreich tätig ist, zeigt auch der Vergleich zwischen Verkehrszunahme und Erhöhung des Personalbestandes. So konnte die Verkehrszunahme von 63,7 vH. in der Zeit von 1962 bis Ende 1970 mit einer Erhöhung des Personalbestandes um nur 5,8 vH. bewältigt werden. Eine grundlegende Änderung der Kostensituation im personalintensiven Postwesen wäre also nur durch Wegfall oder Einschränkung von Dienstleistungen zu erreichen. Doch wären diese Dienstleistungen entbehrlich? Lügen die Einschränkungen

im Interesse der Bürger? Wer, wenn nicht die Post, sollte diese Leistungen erbringen?

Es ist verständlich, daß jeder von der Post eine ausreichende Fernmeldeversorgung fordert: Fernsprechanchlüsse, Fernschreibleitungen, Fernseh- und Rundfunkübertragungen. Die Warteliste bei Fernsprechanschläßen zwingt das Unternehmen zu umfangreichen Erweiterungsinvestitionen. Der Ausbau und die Unterhaltung der hochtechnisierten Anlagen kosten viel Geld. Außerdem werden die technischen Produkte von Jahr zu Jahr teurer. Von 1972 bis 1974 muß die Post für Sachinvestitionen im Fernmeldewesen rund 24 Milliarden DM ausgeben. So viel benötigen VW und Siemens, die beiden größten Privatunternehmen in der Bundesrepublik, nicht einmal zusammen.

Da die Post aus gemeinwirtschaftlichen Gründen in vielen Bereichen keine kostendeckenden Gebühren fordert, kann sie das für die Investitionen benötigte Geld nicht selbst erwirtschaften. Sie muß sich teure Kredite auf dem Kapitalmarkt beschaffen. Der Schuldenberg hat zur Zeit eine Höhe von über 25 Milliarden DM. Dafür sind von 1972 bis 1974 rund sechs Milliarden DM Zinsen zu zahlen. Da die meisten Investitionsmittel für die Einrichtung von Telefonen und den Ausbau des Netzes gebraucht werden, sollte es eigentlich nicht verwundern, daß sich auch der Fernsprecher verteuert. Für die Einrichtung eines Anschlusses müssen zur Zeit 4.000 bis 5.000 DM investiert werden.

Aber könnten denn nicht, wie mancher fragen, Finanzhilfen des Bundes, also Mittel aus dem Bundeshaushalt, helfen? Sollte der Steuerzahler statt des Postkunden einen Ausgleich herstellen? Damit würden die Falschen zur Kasse gebeten; außerdem würde dadurch die Eigenwirtschaftlichkeit der Deutschen Bundespost noch weiter eingeschränkt. Diese zu stärken, ist aber das Ziel des Gesetzentwurfes für eine neue Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost, der zur Zeit im Bundestag beraten wird.

Niemand freut sich über Gebührenerhöhungen. Jeder Kritiker sollte freilich bedenken, daß die Handlungsfähigkeit und Effektivität eines Unternehmens, gleichgültig, ob privat oder staatlich betrieben, von gesamtwirtschaftlichen Faktoren beeinflusst wird. Überall ist das Verständnis groß, wenn es um die wirtschaftliche Situation der Firma geht, in der man selber arbeitet. Die Deutsche Bundespost bittet deshalb darum, auch bei ihren Problemen keine andere Elle anzulegen.

(-/ex/12.6.1972/ks)

Nordsee - eine kostenlose Müllgrube?

Die Schutzgemeinschaft Nordseeküste soll Abhilfe schaffen

Von Georg Peters MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Städtebau und Wohnungswesen

Zum Schutz der Nordsee und ihrer Küstengewässer vor der Verschmutzung hat sich unlängst in Cuxhaven eine "Schutzgemeinschaft Nordseeküste" konstituiert, die als neue Dachorganisation die bisherigen, verstreuten Initiativen einzelner Gruppen zusammenfassen wird.

Die Notwendigkeit zur Gründung der neuen Schutzgemeinschaft ergibt sich aus der zu geringen Reichweite der bisherigen Organisationen, die sich dem Küsten- und Naturschutz verschrieben haben. Ihre Arbeit wird denn auch in Zukunft weitergeführt werden, während die Schutzgemeinschaft selbst als zentrale Koordinierungsstelle die erforderlichen Kontakte zu Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit unterhalten soll.

Die Verschmutzung der gesamten Nordsee ist in den letzten Jahren außerordentlich rasch vorangeschritten. Zahlreiche binnenländische Industriebetriebe "entdeckten" die Nordsee plötzlich als kostenlose Müllgrube. Überdies lockten die Standortvorteile des Küstenraumes viele neue Betriebe an. Die Erschließung des Küstenraumes für den Fremdenverkehr hatte zudem manche negativen Auswirkungen.

Das Küstengebiet, insbesondere das zwischen Inseln und Festland gelegene Wattenmeer, ist die letzte einigermaßen unberührte Naturregion in der Bundesrepublik. Ihrer drohenden Vernichtung entgegenzutreten, ist die Schutzgemeinschaft Nordseeküste jetzt angetreten. Sie will eine wissenschaftlich abgesicherte Bestands-

aufnahme der augenblicklichen Schadenslage erstellen und dann versuchen, auf der Basis derartig gesicherter Daten und Kenntnisse Einfluß auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dabei dürfte die Frage im Vordergrund stehen, ob die gesamte deutsche Nordseeküste zum Naturschutzgebiet erklärt werden kann.

An der Verschmutzung der Nordsee sind alle Anliegerstaaten beteiligt. Es wird daher als unbedingt erforderlich erachtet, im internationalen Rahmen zu verbindlichen Schutzmaßnahmen zu gelangen. Voraussetzung dafür ist wiederum, zu allgemein verbindlichen Kriterien der Schutzbedürftigkeit zu kommen.

Ein Interessenskonflikt mit der Industrie und dem Fremdenverkehrsgewerbe wird nicht befürchtet. Die "Schutzgemeinschaft Nordseeküste" wird keinen puristischen Naturschutz betreiben. Es kommt vielmehr darauf an, unterschiedliche Interessenslagen auszubalancieren. Die Küstenbewohner sind einerseits auf mehr Industrie und den Ausbau des Fremdenverkehrs angewiesen. Technisch und finanziell bereitet es aber keine Schwierigkeiten, die Küstenlandschaft diesen Prozeß unbeschadet überstehen zu lassen. Es kommt entscheidend darauf an, rechtzeitig eine umfassende Planung zu erstellen, in der sich die Forderungen eines konsequenten Umweltschutzes voll einbezogen finden. Eine solcherart gesteuerte Entwicklung des Küstenraumes kommt letztlich den Menschen zugute, sowohl den Küstenbewohnern selbst wie auch den Urlaubern aus dem Binnenland, denen eine unbelastete Erholungslandschaft angeboten werden muß.

Die "Schutzgemeinschaft Nordseeküste" wird sich bemühen, alle Landkreise und Städte der Nordseeregion als Mitglieder zu gewinnen. Die Mitgliedschaft von Einzelpersonen ist ebenso erwünscht. Im Spätsommer soll die Gründungsversammlung stattfinden. Bis dahin wird der jetzt schon tätige Gründungsausschuß Statuten und Programm der Schutzgemeinschaft vorlegen. (L/ex/12.6.1972/ks)

Der Run zum Devisentopf Ferntourismus

Für viele Entwicklungsländer größte Einnahmequelle

"Die Bundesregierung wird den Tourismus in geeigneten Entwicklungsländern durch Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere der Verkehrsverhältnisse, durch Entwicklung von Unterkünften und durch Ausbildung des erforderlichen Personals --- fördern." So hat es die Bundesregierung in der "entwicklungspolitischen Konzeption der BRD und die internationale Strategie für die Zweite Entwicklungsdekade" 1971 versprochen - übrigens auch schon vorher getan. Warum? Der Tourismus ist wohl gegenwärtig der größte Devisenbringer in der Weltwirtschaft. 16,6 Milliarden Dollar strömten 1970 über die nationalen Grenzen in alle Welt; mehr als der Wert der gesamten Weltproduktion an Aluminium, Kupfer und Eisenerzen.

Daß der Tourismus auch geeigneten Entwicklungsländern die so dringlich gebrauchten Devisen bringen kann, beweist die Untersuchung "Massentourismus in Tunesien" von Lothar Nettekoven (1972 im Studienkreis für Tourismus, Starnberg erschienen). In Tunesien hat die BRD eine Hotelfachschule errichtet und touristische Projekte gefördert, das erfolgreichste wohl mit der Insel Djerba. Tunesien nimmt inzwischen auch einen bevorzugten Platz unter den bundesrepublikanischen Auslandsurlaubern ein. Aber auch Franzosen und Engländer haben die Reize Tunesiens entdeckt. Lothar Nettekoven hat denn auch diese drei Nationalitäten in ihrem Urlaubsverhalten vergleichend untersucht, was recht interessante Ausschlüsse zu Tage brachte, wenn etwa englische Urlauber, die ein Zimmer mit Doppelbett gebucht hatten, auswählen mußten, ob sie 14 Tage lang mit einem Deutschen oder einem Franzosen das Zimmer teilen wollten. Dabei wurde die Vorstellung von der Vorurteilslosigkeit gegenüber ausländischen Touristen vollends zerstört, und es kamen nationale Vorurteile zum Vorschein, die für Deutsche wenig schmeichelhaft waren.

Für die Tunesier aber zählen die Devisen, die die "Operation Tourismus von 1962 - 1971" ins Land brachte. Nettekoven, Studium der Volkswirtschaft und Soziologie in Köln, errechnet einen Netto-devisengewinn von 85 Millionen Dinar gleich ca. 660 Millionen DM.

Die Brutto-Deviseneinnahmen der Tourismus-Dekade betragen nach der Nettekoven-Berechnung 147 Millionen Dinar, was einer Summe von ca. 1,15 Milliarden DM entspricht. Die Prognosen der Planer sind damit weit übertroffen.

Für Tunesien liegt die ausgezeichnete Arbeit Nettekovens vor, die als "soziologische Untersuchung an Touristen aus hochindustrialisierten Gesellschaften" sich nicht nur mit den finanziellen Aspekten, sondern mit den nicht minder wichtigen Fragen befaßt, die auftauchen, wenn Urlauber aus Industriegesellschaften in Entwicklungsländer kommen, wo der Lebensstandard der Bevölkerung weit unter dem der eigenen liegt. Bei anderen inzwischen von deutschen Touristen bevorzugten Ländern wie Indien, Ceylon, Thailand, treten ähnliche Probleme auf, sie sind aber noch nicht wissenschaftlich untersucht worden. Das Zivilisationsgefälle Tunesiens zu den Herkunftsländern der befragten deutschen, französischen und britischen Touristen jedenfalls brachte Äußerungen und Beurteilungen ans Tageslicht, daß Nettekoven von einem kulturellen Schock spricht. Am geringsten waren die Antworten der Franzosen, die als ehemalige Kolonialherren mit den Problemen der Unterentwicklung des Maghreb am besten vertraut waren. Der 'kulturelle Schock' war am stärksten bei den Briten. Die positiven Urteile der Deutschen waren häufiger als die negativen.

Der Run der Entwicklungsländer zum Devisentopf Numero eins wird weitergehen. Von den fernen Ländern steht das kleine Ceylon bei den bundesrepublikanischen Urlaubern vorn. Die Bundesrepublik hat schon in der vorletzten Saison mit 5.771 Touristen Großbritannien (5.484 Besucher) und die USA (5.155) überholt. 1971 setzte sich die Beliebtheit des Ferienparadieses Ceylon bei den Deutschen fort. Im November 1971 stieg z.B. die Zahl der deutschen Touristen um fast 25 vH. gegenüber November 1970.

Indien kann es mit seinen Urlauberzahlen aus der BRD mit der Insel an seinem Südpol aufnehmen: 1968 besuchten 8.800 deutsche Touristen die Indische Union; 1969 stieg die Zahl auf 14.000, 1970 auf 16.279 und 1971 auf 17.867. Ostafrika - vor allem Kenia, Tansania, Sambia - ist ebenfalls längst dabei. Im Senegal - Westafrika also - baut Neckermann ein Bungalow-Dorf mit 500 Betten, die Anfang 1973 erstmalig belegt werden sollen.

Heinz Ockhardt
(-/va/12.6.1972/ml)